

Jiang Zemin, Staatspräsident Yang Shangkun, Ministerpräsident Li Peng und viele andere Spitzenmitglieder der Regierung erwiesen ihm hohe und höchste Ehren, schwärmten vom "Nachbar" in der südpazifischen Region und von der erfreulichen Aussicht auf die Errichtung einer "nuklearfreien Zone im Südpazifik" und drückten ihre Entschlossenheit aus, West-Samoa bei seinem "gerechten Kampf gegen fremde Einmischung zu unterstützen" (XNA, 26., 27. und 28.10.89).

Dieses etwas verkrampft wirkende Zeremoniell machte erneut deutlich, wie sehr die chinesische Führung, die seit dem 4.Juni von staatlichen westlichen Repräsentanten geschnitten wird, sich isoliert fühlt und sich um so stärker auf Politiker aus kleinen Entwicklungsländern stürzt. Hinzukommen mag hier freilich noch eine Verunsicherung, wie sie von Taiwans Umwerbungspolitik neuerdings ausgeht. Ein Staat wie West-Samoa beispielsweise ist einer jener Adressaten, für die taiwanesischen Wirtschaftsangebote höchst attraktiv und wirksam sind.

Yang Shangkun besprach mit dem Gast das Thema der Wiedervereinigung Chinas (XNA, 30.10.89), während Jiang Zemin dem Besucher klarmachte, daß "nur der Sozialismus China retten kann" (XNA, 30.10.89). Ob diese Argumentation den pazifischen Gast besonders beeindruckt hat, mag zweifelhaft sein. -we-

*(15)

Lufthansaprojekt

Am 22.10.1989 wurde der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, Heinz Ruhnau, vom chinesischen Parteichef Jiang Zemin in persona zu einem Gespräch über die beiden Gemeinschaftsprojekte der Lufthansa in Beijing empfangen. An der Begegnung nahm auch der Bonner Botschafter, Hannspeter Hellbeck, teil.

Die Lufthansa betreibt gemeinsam mit Air China ein Wartungszentrum auf dem Flughafen der chinesischen Hauptstadt und errichtet außerdem ein Hotel und Kongreßzentrum, das 1992 unter dem Namen "Beijing Lufthansa Center" seine Tore öffnen will. -we-

Innenpolitik

*(16)

Neue Parteisäuberungen

Seit 1978 sind in China im Rahmen der sogenannten Einheitsfrontpolitik mehr als sieben Millionen Menschen politisch rehabilitiert worden, darunter rund sechs Millionen Personen, die während der sogenannten Kulturrevolution verfolgt worden waren. (Siehe dazu Ü 23, C.a., Sept.1989) In der Zwischenzeit ist ein umgekehrter Trend zu befürchten. Prononcierte Reformanhänger der Partei sollen, wenn immer nötig, ausgeschlossen werden. Zu diesem Ergebnis kam eine "nationale Konferenz der Direktoren der Organisationsabteilungen aller Parteikomitees der Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte des Landes" Mitte August. Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer liege die vorrangige Aufgabe aller Parteikomitees in Zukunft darin, "die Partei ideologisch, organisatorisch und in ihrem Stil gemäß den Richtlinien der IV.Plenartagung des 13.Zentralkomitees aufzubauen". Insbesondere gehe es um den absoluten Vorrang der "Vier Grundprinzipien", ohne deren Beachtung der "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" nicht realisiert werden könne. Vor allem soll untersucht werden, wer in der Vergangenheit "bürgerliche Liberalisierung praktiziert oder toleriert" habe. Eine "ziemlich große Anzahl von kommunistischen Parteimitgliedern hat vergessen, was es bedeutet, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein ... Parteiorganisationen und führende Kader einiger Abteilungen haben nicht aufgehört, Leute zu schützen ... Wir müssen entschlossen diejenigen aus führenden Positionen entfernen, die bürgerliche Liberalisierung praktizieren oder tolerieren". Nachhaltig sprach sich Song Ping, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Direktor der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas für eine konsequente Säuberung der Parteiränge aus. Seiner Ansicht nach habe es "unter den Unruhestiftern, Verschwörern, Organisatoren und Anführern des Aufbruchs eine ganze Reihe kommunistischer Parteimitglieder"

gegeben. Einige der Beschuldigten "sind Mitglieder der Partei seit einigen Jahrzehnten gewesen. Einige arbeiteten und hielten wichtige Führungspositionen in zentralen Partei- und Staatsabteilungen, und wiederum andere waren berühmte Persönlichkeiten, die einen beachtlichen Einfluß ausübten". Song Ping bezog sich mit diesen Aussagen vor allem auf das sogenannte "Forschungszentrum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zur Reform der politischen Struktur" und auf das "Forschungsinstitut zur Strukturreform der Wirtschaft" sowie auf das "Entwicklungs- und Forschungsinstitut des Forschungszentrums zur ländlichen Entwicklung des Staatsrates", das "Studieninstitut der China International Trust and Investment Corp." sowie die "Beijing Gesellschaft junger Wirtschaftswissenschaftler" und eine "Reihe Institute der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften". In all diesen Institutionen habe es zahlreiche führende Kader gegeben, die "Schriftstücke, Flugblätter und Briefe verfaßten und verteilten, die gegen die Partei gerichtet waren, und die offen gegen die zentralen Instanzen Stellung bezogen. Einige führende Parteimitglieder führten oder unterstützten ungesetzliche Demonstrationen und andere Aktivitäten, mit denen sie sich gegen den Leitartikel vom 26.April und das Kriegsrecht wandten. Andere Parteimitglieder brachten Gerüchte auf und verbreiteten sie während des Aufbruchs und der konterrevolutionären Rebellion. Wiederum andere wurden während der kritischen Phase in ihren politischen Überzeugungen wankend und wollten aus der Partei austreten ... und wiederum andere griffen das Zentralkomitee der Partei böse an." Die Situation sei insofern weiterhin kritisch, weil selbst nach der IV.Plenartagung des 13.Zentralkomitees zahlreiche "Parteiorganisationen und führende Kader einiger Abteilungen nicht aufgehört haben, Leute zu verstecken, die ernsthaft in die Rebellion verwickelt waren, oder sie haben eine lasche Haltung eingenommen, indem sie große Probleme zu kleinen Problemen erklärten und kleine Probleme zu gar keinen Problemen."

Aus den weiteren Aussagen Song Pings geht hervor, daß in Zukunft wieder die "feine Tradition der Partei" vorherrschen werde. Diese Tradition habe sich in der Vergangenheit durch "den

Kampf gegen negative und korrupte Erscheinungen" ausgezeichnet. Dementsprechend "müssen alle führenden Organe und führenden Kader die Initiative ergreifen, um den Geist des harten Kampfes hochzuhalten".

Praktisch wird die Überprüfung der Partei durch die Zentrale Disziplin-Kontrollkommission geleitet, die Berichte aus den Schlüsselprovinzen, Städten und Staatsabteilungen prüfen wird, um "die Situation der schweren Fälle zu verstehen". Ferner wird die Kommission "Leute in die verschiedenen Örtlichkeiten schicken, um den Fortschritt der Disziplin-Kontrollarbeit zu überwachen und zu untersuchen". (SWB, 4.8.89, SWB, 25.8.89) -ma-

* (17) Verschärfte Kritik an Zhao Ziyang

Im Verlaufe des Monats Oktober 1989 nahm die Kritik orthodoxer chinesischer Parteiführer an der Person des abgesetzten Parteichefs Zhao Ziyang deutlich zu. Die Vorwürfe erreichten einen neuen Höhepunkt in der Aussage, Zhao habe in der Volksrepublik China "den Kapitalismus einführen" wollen. So war u.a. in der *Volkszeitung* zu lesen, Zhao und eine kleine Gruppe seiner Berater habe den "bürgerlichen Liberalismus unterstützt". In Form einer Theorie des "neuen autoritären Herrschaftssystems" und der "neuen Elite" habe Zhao eine Politik betrieben, mit der er sich zum "Führer einer neuen Mittelklasse" machen wollte. Hintergrund dieser Anklagen ist zum einen die Tatsache, daß während der letzten Jahre aus dem Beraterkreis des ehemaligen Ministerpräsidenten verschiedene Vorschläge gemacht wurden, bestimmte Teile des chinesischen Wirtschaftsterritoriums konsequent in die Weltwirtschaft einzugliedern (sog. "internationale Zirkulation"). Diese Gebiete sollten wirtschaftlich weitgehend nach mehr oder weniger marktwirtschaftlichen Konzepten entwickelt werden, während zugleich eine "autoritäre Politik" ein für die wirtschaftliche Entwicklung günstiges Umfeld garantieren sollte. Implizites Vorbild einer solchen Entwicklung war u.a. Singapur, aber auch Südkorea. Der "Mittelklassenvorwurf" erscheint insofern berechtigt, als Zhao offensichtlich erkannt hatte, daß die für den nationalen Entwicklungsprozeß unentbehrlichen Kräfte der Wirtschaft, Wissenschaft und der Intelligenz insgesamt in den politischen Entscheidungsprozeß ein-

bezogen werden müßten. Eine solche Entwicklung hätte mit Sicherheit zu einer allmählichen Verdrängung der bisher führenden Partei- und Staatskaderschaft geführt, kurzum zu einem allmählichen Austausch der Eliten. Dem vorgeblichen Versuch, die entwicklungs-tragenden Schichten zur "neuen Elite" des Landes zu machen, lag offensichtlich die Erkenntnis zugrunde, daß das Besitzstandsinteresse und Führungsmonopol der jetzigen "Pfründenelite" mit einem langfristigen Modernisierungsdurchbruch Chinas unvereinbar ist.

Hinter der scharfen Kritik an Zhao Ziyang stecken offensichtlich orthodoxe Führungskräfte, die mit der bloßen Absetzung des ehemaligen Parteichefs nicht zufrieden sind, sondern eine wesentlich schärfere Verurteilung als "Konterrevolutionär" anstreben. Bisher ist es diesen Kräften nicht gelungen, sich mit ihren Vorstellungen durchzusetzen. (BPA Ostinformation, 17.10.89) -ma-

* (18) Ausbau ländlicher Parteizellen

Um in Zukunft die Kontrolle über die ländlichen Gebiete des Landes zu verstärken, beabsichtigt die kommunistische Parteiführung, die Basisstrukturen der Partei deutlich auszubauen. Insbesondere auf Dorfebene sollen während des nächsten halben Jahres die "ländlichen Organisationen" gefestigt werden. Z.Zt. stammen rd. 25 Mio. Parteimitglieder aus ländlichen Gebieten, d.h. gut die Hälfte aller Parteimitglieder. Anteilmäßig an der Gesamtbevölkerung sind nur 3,2% aller ländlichen Bewohner Mitglieder der Partei, während der Anteil der Parteimitglieder an der städtischen Bevölkerung mehr als doppelt so hoch liegt. Gegenwärtig gelten nur rd. 30% der ländlichen Basisorganisation der Partei als "stark und funktionsfähig". Um diesen unbefriedigenden Zustand abzustellen, heißt es von seiten der Parteiführung: "Wir werden uns darauf konzentrieren, die zurückgebliebenen Abteilungen im Rahmen von Ausbildungskursen für örtliche Parteisekretäre aufzuwerten. In solchen Fällen, in denen ein Dorf keinen qualifizierten Parteisekretär hervorbringen kann, werden die Kreis- und Stadtpartei-komitees Stabsmitglieder in die Dörfer schicken, um dort bei der Arbeit zu helfen und als amtierende Dorfpartei-sekretäre zu fungieren." Offensichtlich

soll der Zugriff über die bäuerliche Bevölkerung wieder verstärkt werden: "Die 1,3 Mio. ländlichen Abteilungen der Partei stellen die Schlüsselführung in den Dörfern dar, nicht nur hinsichtlich der politischen Orientierung, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung." Hauptaufgabe der ländlichen Parteizellen im wirtschaftlichen Bereich werde es sein, "das Familienvertragsverantwortungssystem zu verbessern und die kollektive Wirtschaft nach und nach zu verstärken". Eine solche widersprüchliche Aufgabenstellung spiegelt die unterschiedlichen Entwicklungsströmungen in der Parteiführung deutlich wider. Letzten Endes handelt es sich gleichsam um eine politische Quadratur des Kreises. Besonders beängstigend dürfte für die bäuerliche Bevölkerung die "neue Erziehungsaufgabe" der ländlichen Parteiorgane sein: "Weil das allgemeine Erziehungsniveau der chinesischen Bauern niedrig ist, wissen sie nicht, wie sie, wenn sie durch ihre harten Anstrengungen reich geworden sind, das Geld richtig ausgeben sollen. Deshalb müssen die Parteizellen die Bauern dazu anleiten, ein gesundes geistiges Leben zu führen." Es fragt sich, wie die Partei vom geistigen Anspruch her eine solche Erziehungsaufgabe durchführen will, wenn 46% der ländlichen Parteimitglieder nur über eine Grundschulausbildung verfügen und weitere 13,3% Analphabeten sind. (China Daily, 10.10.89) -ma-

* (19) Demoskopie im Aufwind?

Während der letzten Jahre sind Meinungsumfragen zu einem immer beliebteren Hilfsinstrument im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß Chinas geworden. Das Jahr 1987 wurde von vielen sogar zum "Jahr der Meinungsforschung" erhoben. Das deutlich gewachsene Interesse für die empirische Sozialforschung ließ sich während der letzten Jahre aus dem Bedürfnis der Reformpolitiker erklären, Stimmungen und Überzeugungen in der Gesellschaft besser zu erfassen. Es bleibt daher abzuwarten, ob die Demoskopie als "Demokratiersatz" auch in Zukunft ihre Bedeutung behalten wird. Insgesamt existieren an den Hochschulen, der Akademie für Sozialwissenschaften und den Regierungsbehörden mehrere Dutzend Institute, die sich der Meinungsforschung ver-

schrieben haben. Darüber hinaus gibt es in Beijing auch ein privates "Chinesisches Institut für Sozialforschung", das sich durch seine Arbeit selbst finanziert. Die Genehmigung zur Errichtung dieses Instituts (1986) wurde nur unter der Auflage erteilt, daß den staatlichen Behörden keine Kosten entstünden. Kunden des Instituts sind sowohl Regierungsbehörden als auch Wirtschaftsunternehmen. Nach Aussagen der Institutsleitung "sind die Politiker heute an fundierten Aussagen darüber, was die Leute denken, zunehmend interessiert".

Von der Methodik her richten sich die chinesischen Meinungsforschungsinstitute weitgehend nach den nordamerikanischen und westeuropäischen Vorbildern, aber auch Verfahrensweisen aus Osteuropa werden angewandt. So hat man z.B. aus Polen eine Art Index für den "Optimismus der Bevölkerung" übernommen. "Die Überlegung dabei ist, daß man mit neuen Reformen erst an die Öffentlichkeit tritt, wenn dieser Optimismus-Index hoch liegt." Schwierigkeiten ergeben sich immer noch aus der Tatsache, daß chinesische Politiker (mehr noch als andere) ungünstige Umfrageergebnisse nicht gern akzeptieren. Von Seiten der Meinungsforscher wird dieser Haltung ein chinesisches Sprichwort entgegen gehalten: Die Glocken läuten auch, wenn man sich die Ohren zuhält.

Insgesamt bleiben die chinesischen Meinungsforschungsinstitute bisher verhältnismäßig "unpolitisch", d.h. sie nehmen keinerlei "politische Auswertung der Forschungsergebnisse" vor. Letzteres sei Aufgabe der für "Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen politischen Instanzen". So erscheint es nicht verwunderlich, daß ein Großteil der Umfrageergebnisse nicht veröffentlicht wird, bzw. nur auf Umwegen zur Veröffentlichung gelangt. Dies gilt insbesondere für eine Umfrage des Beijing Forschungsinstituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, das im Auftrage des Komitees zur Forschungskoordination der politischen Psychologie der Bürger der VR China erstellt wurde. Die Umfrage fand im August 1987 statt. Befragt wurde (Repräsentativbefragung) die städtische Bevölkerung des Landes bis zu einem Alter von 35 Jahren. Thema der Umfrage waren Grundaspekte des geistig-politischen Lebens.

Der erste Fragenkomplex bezog sich auf die "Vier Grundprinzipien", d.h. auf das umfassende Herrschaftsmono-

pol der Kommunistischen Partei. Gut drei Viertel der Befragten sprachen sich für eine absolute Trennung der Aufgabenbereiche von Partei, Staat und Wirtschaft aus, nur 13% konnten sich für die "Vier Grundprinzipien" begeistern.

In einem zweiten Fragenkomplex wurde danach gefragt, ob jeder Bürger politische Verantwortung für das Schicksal des ganzen Landes empfinden und übernehmen sollte. Gut neun Zehntel der Befragten antworteten mit ja, 40% äußerten sogar ihre Bereitschaft, für diese Verantwortungsübernahme ein "Risiko" einzugehen. Diese Frage erscheint vor allem im Hinblick darauf interessant, daß erwachsenen Chinesen traditionell im allgemeinen ein Interesse an den Angelegenheiten ihrer eigenen Einheit (danwei) nachgesagt wird, aber gleichzeitig ihr nationaler Bürgersinn bezweifelt wird.

Bei einem dritten Fragenkomplex wurde der Bestand an demokratischen Freiheiten getestet. Rund 20% der Befragten sahen die Errichtung einer demokratischen Ordnung als das dringlichste Problem des Landes an, ohne dessen Lösung alle anderen Probleme mehr oder weniger unlösbar bleiben müßten. Rund 55% sprachen sich für ein Mehr an demokratischer Freiheit aus, das Schritt für Schritt verwirklicht werden sollte. Nur rund 10% waren der Ansicht, daß größere demokratische Freiheiten für China "gefährlich" seien ("Chaosargument").

Es verwundert nicht, daß das Ergebnis dieser Meinungsumfrage nicht in der Volksrepublik China selbst, sondern in der in Hongkong erscheinenden Zeitung *Zhengming* veröffentlicht wurde.

Bemerkenswert erscheint, daß in China bisher noch keine Umfrage erfolgte, die "für einen Querschnitt der Gesamtbevölkerung repräsentativ ist". Statt dessen beschränkten sich die Umfragen nahezu ausschließlich auf den städtischen Bereich. Positiv zu vermerken ist, daß "die Befragten in der Regel keine Angst zu antworten" zeigten. Außerdem scheint das Gefühl vorzuherrschen, mit den eigenen Antworten zum Wandel beitragen zu können. "Nur 20-30% der Befragten meinen, die Umfragen würden ohnehin nichts nützen." (China Report, Nr.97-98/1987-88, S.5-7) -ma-

*(20)

Durchschnittlicher Lebensstandard

Nach Statistiken der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO liegt der durchschnittliche Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung über dem "durchschnittlichen Standard für Entwicklungsländer". Laut FAO nimmt jeder Chinese im Durchschnitt rd. 2.620 Kalorien pro Tag auf, während der Durchschnitt für alle Entwicklungsländer bei 2.460 Kalorien liegt. Der Weltdurchschnitt insgesamt liegt bei 2.694 Kalorien. Im Hinblick auf die Bekleidung der chinesischen Bevölkerung wird festgestellt, daß pro Kopf und Jahr in China ein Verbrauch von 10,6 kg an Textilfasern gegeben ist. Der Durchschnitt der Entwicklungsländer liege bei 3,8 kg pro Jahr. Ferner entfallen z.Zt. rund 13,2 Fernsehgeräte, 6,2 Waschmaschinen und 1,8 Kühlschränke auf jeweils 100 Personen in China. Hinsichtlich der medizinischen Betreuung wird registriert, daß in China jeweils ein Arzt auf 676 Personen kommt, während der Durchschnitt aller Entwicklungsländer ein Verhältnis von 4.940 : 1 aufweist. Ferner erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung in China in der Zwischenzeit 69 Jahre, während der Durchschnitt für alle Entwicklungsländer bei 64 Jahren liegt. Die Kindessterblichkeitsrate liegt bei 32 ‰ (Durchschnitt aller Entwicklungsländer 56‰). (China Daily, 18.10.89) -ma-

*(21)

Weiterer Anstieg des Bevölkerungswachstums

Chinas Bevölkerung wird Ende 1989 nach Aussagen der Ministerin der Staatlichen Familienplanungskommission Peng Peiyun 1,11 Mrd. Menschen erreichen. Insgesamt werden 1989 mehr als 23 Mio. Kinder geboren, "rd. 1,18 Mio. mehr als 1988". Die Bevölkerungswachstumsrate wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf 1,5% belaufen, dies ist vor allem auf einen Wiederanstieg der Geburtenrate (2,1%) zurückzuführen, die nach einem Anstieg 1986 und 1987/1988 leicht gefallen war. Die Ministerin sieht einen weiteren Bevölkerungsanstieg voraus, "weil 360 Mio. Menschen, die während des zweiten Geburtengipfels 1962-1975 geboren wurden, sich dem Heirats- und Gebäralter nähern.

Zwischen 1986 und 1997 werden jährlich 11-13 Mio. Frauen das Gebäralter erreichen, nahezu die doppelte Zahl der beiden vorangegangenen Geburtentipfel. Die Ministerin gestand ein, daß "die Familienplanung an der Basis unzureichend ist". Eine scharfe Kontrolle der Bevölkerung sei wesentlich, um "das Bevölkerungswachstum in ein Gleichgewicht mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen und die Nutzung der Ressourcen mit der natürlichen Umgebung zu koordinieren". Besonders schwierig erweisen sich die Bemühungen in den ländlichen Gebieten, in denen "viele Bauern wegen feudaler Geisteshaltung und wegen des Wunsches, mehr Arbeitskräfte in der Familie zu haben, mehr als ein Kind haben wollen". (China Daily, 16.10.89) -ma-

*(22)

Bevölkerung wächst zu schnell

Vom 14.-17. Oktober 1989 fand in Hangzhou eine nationale Tagung über Geburtenplanung statt. Sie wurde gemeinsam von der Propagandaabteilung des ZK der KPCh und der Staatlichen Kommission für Familienplanung veranstaltet. Ausgangspunkt für die Tagung war das zu schnelle Wachstum der chinesischen Bevölkerung. Angaben der Staatlichen Kommission für Familienplanung zufolge soll sich die Zahl der Geburten im ersten Halbjahr 1989 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 510.000 erhöht haben. Man rechnet damit, daß sich die Zahl der Geburten bis zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr um 1.180.000 erhöhen wird (RMRB, 16.10.89). Ziel der Konferenz war es daher, die Verantwortlichen der Provinzen von der Notwendigkeit erneuter Anstrengungen zur Einschränkung der Geburten zu überzeugen. Folgende Gründe werden für die erhöhte Geburtenziffer angegeben:

1. In diesem Jahr ist die Zahl der Frauen im Alter zwischen 20 und 29, dem Lebensabschnitt, in dem die meisten Geburten erfolgen, im Vergleich zum Vorjahr um über 6,3 Millionen angewachsen.
2. Auf dem Lande wurde vielfach eine Politik betrieben, die es Haushalten mit einer einzelnen Tochter erlaubte, nach einigen Jahren ein zweites Kind zu haben.
3. Die Qualität der Statistiken der Geburtenregelungsbüros ist verbessert worden, so daß die Verheimlichung von Geburten stark abgenommen hat.

4. In einigen Orten ist die Basisarbeit noch sehr schwach und wird den Dingen freier Lauf gelassen, so daß die Geburtenzahl ständig überschritten wird. (RMRB, 16.10.89)

Auf der Tagung wurde an alle Teilnehmer appelliert, unter keinen Umständen in den Bemühungen, das Bevölkerungswachstum einzuschränken, nachzulassen. Bei der Propaganda für die Familienplanung soll hauptsächlich von der Lage des Staates ausgegangen werden und der Bevölkerung klargemacht werden, daß die natürlichen Ressourcen und die wirtschaftliche Entwicklung mit dem schnellen Wachstum der Bevölkerung nicht mithalten können. Dies könne mit eindrucksvollen Zahlen belegt werden: So habe sich die pro Kopf der Bevölkerung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche von 2,8 Mu zu Beginn der Volksrepublik auf gegenwärtig 1,4 Mu verringert. Zudem würden jedes Jahr durch das neue Wachstum der Bevölkerung etwa 20% des Nationaleinkommens verbraucht; obwohl sich das Nationaleinkommen in der Zeit von 1952 - 1988 verzehnfacht habe, liege das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen nur 4,8mal höher. Hinzu kämen die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Städten und die überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande. Ohne eine rigorose Einschränkung des Bevölkerungswachstums würden sich der Lebensstandard, die Lebensverhältnisse, die Rohstofflage und die Umweltbedingungen zusehends verschlechtern, kurzum, es würden sich ernsthafte wirtschaftliche und politische Probleme ergeben. Die Bevölkerung müsse begreifen, daß nicht nur die Lage des Staates, sondern auch die jeder Provinz, jedes Kreises, jeder Gemeinde und jeder Familie immer schwieriger würde. (RMRB, GMRB, 18.10.89)

Man muß davon ausgehen, daß die Zahl der zusätzlichen Geburten (d.h. die über den Plan hinausgehenden Geburten) bedeutend höher liegt, als offiziell angegeben. Auf dem Lande ist die Geburtenkontrolle in den letzten Jahren vielfach nicht mehr so streng gehandhabt worden, so daß dort Ein-Kind-Familien eher die Ausnahme zu sein scheinen. -st-

*(23)

"Von Vorbildern lernen"

Wang Zhen, Vizevorsitzender der Volksrepublik China, hatte Mitte Oktober 1989 seine Sternstunde. Er rief

die Bevölkerung des Landes dazu auf, "neue Anstrengungen in der Nachahmung herausragender Persönlichkeiten auf verschiedenen Gebieten zu unternehmen". Wang, der im Gesamtspektrum der heutigen chinesischen Parteiführung als ultraorthodox eingestuft werden darf, äußerte seinen "Nachahmungsappell" anlässlich der Veröffentlichung einer "großen Publikation" mit dem Titel "Die Vorbilder Chinas". Diese Publikation soll offensichtlich ein Gegengewicht zu der 1988 ausgestrahlten Fernsehserie Heshang ("Flußbelegie") darstellen. In der Heshang-Serie war die chinesische Tradition weitgehend für die mangelnde Modernisierungsfähigkeit Chinas verantwortlich gemacht worden. Dem entsprechend wurde das Werk im nachhinein als Ausdruck bürgerlicher Liberalisierung verurteilt. In dem neuen Bildband kehrt man zu bewährten Verhaltensmustern zurück. Dort werden "die heroischen Taten von Leuten vorgestellt, die herausragende Beiträge zum Programm der Vier Modernisierungen geleistet haben". Ein solches Werk liegt offensichtlich ganz im Geschmack Wang Zhens und anderer orthodoxer Führer. Wang betonte, daß "während der letzten Jahre die Ideen der bürgerlichen Liberalisierung verbreitet wurden, während herausragende Menschen als Leute bezeichnet wurden, deren Denken fossilisiert ist. Jetzt ist die Zeit, die Verdrehungen wieder umzukehren". Die neuen "herausragenden Persönlichkeiten" erinnern in vielerlei Hinsicht an längst vergangenen geglaubte Modellpersonen. "Alle diese Personen mit herausragender Fähigkeit, die auf allen Gebieten des Lebens aufgetreten sind, sind fortschrittlich im Studium des Marxismus-Leninismus-Mao Zedong-Ideen, sie unterstützen die sozialistische Orientierung, arbeiten hart, um Linie, Prinzip und Politik, die seit der III. Plenartagung des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas aufgestellt worden sind, zu verwirklichen, und sie dienen mit ganzem Herzen dem Volk. Sie unterscheiden sich vollständig von der sogenannten Elite, die durch diejenigen, die die bürgerliche Liberalisierung befürwortet haben, großen Öffentlichkeitswert bekommen hat."

Um den Zustand ideologischer Sauberkeit wiederherzustellen, muß laut Wang der gesamte Propaganda-Apparat eingesetzt werden. "Wir sollten alle Mittel der Propaganda nutzen, um die Dinge wieder richtig zu stellen, die verdreht worden sind. Die Führungs-

kader auf allen Ebenen müssen die Menschen dabei anleiten, gute Arbeit beim Studium der Rede des Genossen Jiang Zemin zu leisten und sich um die kollektive Führung der dritten Generation mit Jiang Zemin im Mittelpunkt zu sammeln. Sie müssen die nationale Kultur nachhaltig verdeutlichen und von Personen mit herausragender Fähigkeit lernen. Sie müssen härter als jemals zuvor arbeiten, um das Land mit Fleiß und Ausdauer zu entwickeln und danach zu streben, die Nation mit chinesischen Merkmalen aufzubauen." (XNA, 16.10.89, SWB, 18.10.89) -ma-

*(24)

"Stabilität und Einheit"

Unter der Überschrift "Die Gesamtsituation der Stabilität und Einheit bewahren" nahm die *Volkszeitung* in einem Leitartikel vom 10. Oktober 1989 zur offiziellen Beurteilung der nationalen Lage Stellung. Wie nicht anders zu erwarten, ist laut RMRB die gegenwärtige Situation in China "stabil, und sie entwickelt sich zu einer noch stabileren Orientierung hin. Die Menschen auf der ganzen Welt sehen die neue Lage, die durch Stabilität und Einheit, die in China gewachsen sind, charakterisiert wird. Einige wirtschaftliche Schwierigkeiten, denen sich China vorübergehend ausgesetzt sieht, werden überwunden werden. Chinas nationale Wirtschaftsentwicklung hat guten Schwung behalten. Chinas Kampagne, seine wirtschaftliche Umwelt zu verbessern und seine wirtschaftliche Ordnung zu berichtigen, ist stetig durchgeführt worden, während die laufende Reform fruchtvoll vertieft wurde. Chinas Markt ist lebendig. Die Gesamtsituation ist stabil geblieben, die gesellschaftliche Ordnung, die Arbeitsordnung und die Lebensordnung in China sind alle zum Normalen zurückgekehrt. Die verschiedenen Aufgaben, die durch die IV. Plenartagung des 13. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas aufgezeigt wurden, werden gegenwärtig in ernsthafter und praktischer Weise durchgeführt."

In China nichts Neues? Laut Deng Xiaoping ist das dringlichste Problem Chinas die Stabilität. Ohne Stabilität, so Deng, kann die Reform nicht durchgeführt werden, "ohne eine stabile politische Umwelt kann nichts erreicht werden". Wenn die Spitzenführung "nationale Stabilität und Einheit" als vordringlich verkündet, stellen die nationalen Medien die Verkündung

pflichtgemäß als Realität fest. Die chinesische Presse, die während der letzten Jahre einen gewissen Freiraum an kritischer Darstellungsmöglichkeit besaß, ist damit zu ihrer früheren "Stromlinienförmigkeit" zurückgekehrt. Instabilität darf nicht sein, folglich gibt es sie auch nicht. Bemerkenswert erscheint, daß angesichts der so ausgeprägten Stabilität und Einheit die Parteiführungen aller Ebenen dazu aufgerufen werden müssen, das bereits erreichte, überhaupt erst anzustreben. "Die Genossen der ganzen Partei, das Volk des ganzen Landes, und insbesondere die führenden Genossen auf allen Ebenen müssen dieser Frage große Aufmerksamkeit widmen. Sie müssen unablässige Anstrengungen unternehmen, alle instabilen Faktoren auszulöschen". Dies gilt um so mehr, als die "Ideologie der bürgerlichen Liberalisierung die Ursache der jüngsten landesweiten Unruhen bildet. Während der letzten Jahre hat unser Land bei verschiedenen Gelegenheiten Unruhen erlebt. Der Grund liegt darin, daß wir es versäumt haben, entschlossen die Vier Grundprinzipien aufrechtzuerhalten und daß es uns nicht gelungen ist, eine klare Haltung in unserem Widerstand gegen die Ideologie der bürgerlichen Liberalisierung zu erzielen. Wir müssen daraus eine Lehre ziehen."

Um die Stabilität und Einheit auch weiterhin zu garantieren, wird ein resolutes Vorgehen gegen alle Kräfte der Instabilität gefordert. "Um die Sauberkeit unserer Parteiorganisationen zu bewahren, müssen wir vorbehaltlose Anstrengungen unternehmen, diejenigen Personen aus unserer Partei zu vertreiben, die weiterhin einer Position der bürgerlichen Liberalisierung anhängen ... Solange wir gewissenhafte Anstrengungen bei dieser Aufgabe unternehmen, werden wir mit Gewißheit in der Lage sein, die gute Lage der Stabilität und Einheit in unserem Lande aufrechtzuerhalten." Bemerkenswert erscheint, daß in diesem Zusammenhang darauf verwiesen wird, daß "linksextreme Maßnahmen, wie sie während der Kulturrevolution benutzt wurden, nicht angewandt werden sollen".

Insgesamt sieht China laut RMRB einer großen Zukunft entgegen, in deren Mittelpunkt die Verwirklichung der "sozialistischen Demokratie" stehen soll. Letztere kennzeichne sich "sowohl durch Zentralismus als auch durch Demokratie". D.h. sie entspricht

weitgehend dem gegenwärtigen Zustand. Die Zukunft ist groß, weil die Vergangenheit "erhaben" ist. "Im Verlaufe eines 40jährigen harten Kampfes, der durch zahlreiche Menschen mit erhabenen Idealen durchgeführt wurde, hat sich China schließlich von einem schwachen und armen Land zu einem unabhängigen, machtvollen Riesen im Osten mit beginnendem Wohlstand gewandelt. Das chinesische Volk, das stark unter dem landesweiten Aufruhr und den Katastrophen gelitten hat, versteht jetzt deutlicher als vorher, daß nur ein stabiles und vereintes China ein China mit wirklicher Stärke und Hoffnung sein kann. China braucht Stabilität und Einheit. China muß stabil und vereint bleiben. Zu diesem Zweck müssen sich unsere gesamte Partei und das Volk des ganzen Landes eng vereinigen und gemeinsame Anstrengungen unternehmen, die politische Situation der Stabilität und Einheit unseres Landes zu bewahren."

Die Leser der *Volkszeitung* werden erfreut sein, sich in einer derart privilegierten Lebenslage zu befinden. -ma-

*(25)

Kampf gegen "Aberglauben"

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit und das Büro für Religiöse Angelegenheiten haben erneut ein gemeinsames Rundschreiben herausgegeben, in dem sich die beiden Behörden gegen sog. "feudale und abergläubische Aktivitäten bei Beisetzungen und Beerdigungen" wenden. Es wird darauf hingewiesen, daß negative Verhaltensweisen dieser Art "streng verboten" seien. Sowohl Einzelpersonen als auch Einheiten sei es untersagt, "feudalistische und abergläubische Handlungen wie Abhaltung von aufwendigen Begräbniszereemonien oder die Ausübung von Geomantik (fengshui) durchzuführen". Ferner sei insbesondere die "Herstellung und der Vertrieb von Begräbnisartikeln" illegal. Mit harten Strafen haben vor allem Personen zu rechnen, "die von Beruf abergläubische Handlungen ausführen, wie Geomanten, Hexen und Hexenmeister". Aus dem Rundschreiben geht hervor, daß die angesprochenen feudalen und abergläubischen Handlungen in großen Teilen des Landes während der letzten Jahre "immer beliebter geworden sind, besonders in ländlichen Gebieten".

Insgesamt werden die Kosten, die sich jährlich für Beerdigungszereemonien ergeben, auf über 7 Mrd. Yuan ge-

schätzt. "In einigen Gegenden ist es Brauch, daoistische oder buddhistische Riten zur Rettung der Seelen von Verstorbenen zu halten, einen Geomanten mit der Bestimmung einer geeigneten Grabstätte zu beauftragen oder Papiergötter, einschließlich Pferden, Möbeln oder Elektrogeräten aus Papier, herzustellen. Manchmal werden bei der Begräbniszeremonie sogar Yuan Renminbi verbrannt, um dem Toten im Jenseits ein glückliches Leben zu bereiten." Besonders besorgt sind die zuständigen Behörden darüber, daß "sogar Parteimitglieder und Funktionäre ... durch Teilnahme an feudalen und abergläubischen Aktivitäten die Auflagen des Staatsrats verletzen". (China Heute, Informationen über Religion und Christentum im chinesischen Raum, Jahrgang VIII [1989], Nr.5) -ma-

*(26)

Kampagne gegen Pornographie

Im Rahmen der allgemeinen Verschärfung des politischen Klimas wird erneut eine allgemeine Kampagne zur "Auslöschung der Pornographie und anderer obszöner Publikationen" gefordert. Insbesondere geht es um die vier südlichen Küstenprovinzen Guangdong, Fujian, Zhejiang und Hainan. Prominenter Befürworter einer solchen Kampagne ist Li Ruihuan, neues Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, der ein mangelndes Interesse vieler örtlicher Kader an einer solchen Kampagne beklagte. "Die Kampagne hat zwar einige Anfangserfolge gezeitigt, aber in einigen Gebieten, in denen die Führer dem ganzen keine wirkliche Aufmerksamkeit geschenkt haben, ist nichts geschehen." Laut Li haben sich insbesondere "Deng Xiaoping, Chen Yun und Li Xiannian besonders besorgt gezeigt". Auch alle anderen Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees "sind entschlossen, die Kampagne zu einem Erfolg zu machen". Auf vier Aspekte müsse im Rahmen der Kampagne ein besonderer Wert gelegt werden. Zum einen sei es notwendig, "das Verständnis der Bevölkerung für die Kampagne zu vertiefen, die ein wichtiger Teil zur Durchführung der Entscheidungen der IV. Plenartagung des 13. Zentralkomitees und Teil des Kampfes gegen bürgerliche Liberalisierung ist". Zum anderen stelle die Pornographie ein wichtiges Instrument "feindlicher ausländischer Kräfte" dar, die China vom Sozialismus zurück zum

Kapitalismus führen wollen und die dabei "Pornographie, Spielsucht und Drogen zur Vergiftung des chinesischen Volkes verwenden". Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, daß die führenden Kader aller Einheiten die Durchführung der Kampagne persönlich überwachen, da es dabei um die Koordination "vieler Abteilungen einschließlich derer für Propaganda, Kultur, Publikationswesen, Industrie, Handel, Steuern, Öffentliche Sicherheit, Zoll, Grenzsicherheit, Erziehung und Massenorganisationen" gehe. Insbesondere in einigen Küstenstädten der Provinzen Fujian, Zhejiang und Hainan seien pornographische Videobänder, Bücher und Zeitschriften in großem Maßstab eingeschmuggelt worden, um sie "im Inland zu verkaufen". Als vierten wichtigen Aspekt nannte Li das "exemplarische Vorgehen". Die Kampagnenführung sollte auf allen Ebenen "einige typische Fälle auswählen, entsprechend vorgehen und diesen Fällen eine große Öffentlichkeit geben, damit die Entschlossenheit der Führer sichtbar wird". Nur so könne man die "Verbrecher demoralisieren und die Massen der Bevölkerung mobilisieren". (China Daily, 17.10.89) -ma-

Kultur

*(27)

Wissenschaftliche Konferenzen über Konfuzius

Im Oktober 1989 wurde in China auf zahlreichen Veranstaltungen des 2540. Geburtstages von Konfuzius gedacht. Zu nennen sind insbesondere drei wissenschaftliche Symposien. Das erste fand vom 3.-5. Oktober in Beijing statt und war von der kurz zuvor gegründeten Chinesischen Konfuzius-Gesellschaft (*Zhonghua Kongzi xuehui*) veranstaltet worden (RMRB, 6.10.89; vgl. auch C.a., 1989/9, Ü 33). Bei dieser Gesellschaft handelt es sich um ein nichtstaatliches Forschungsorgan. Etwa 120 in- und ausländische Wissenschaftler nahmen an dem Symposium teil, darunter auch Wissenschaftler aus Taiwan. Der Ehrenpräsident der Taiwaner Konfuzius- und Menzius-Gesellschaft, Chen Lifu, hatte ein Grußtelegramm geschickt (XNA, 6.10.89). Auf der Tagung wurde der Vorschlag unterbreitet, einen "Weltbund für konfu-

zianische Kultur" (*Shijie rujia wenhua lianhehui*) zu gründen, der von den Tagungsteilnehmern allgemein unterstützt wurde. In der Begründung hieß es, daß die von Konfuzius etablierte konfuzianische Lehre nicht nur für die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft eine große Rolle gespielt, sondern auch auf die Kultur der Welt großen Einfluß ausgeübt habe.

An dieses Symposium schloß sich vom 7.-10. Oktober eine internationale Konfuzius-Tagung mit etwa 300 Teilnehmern aus China und rund zwanzig Ländern an. Sie begann in Beijing und endete in Konfuzius' Geburtsort Qufu in Shandong. Diese Tagung war gemeinsam von der Chinesischen Konfuzius-Stiftung und der UNESCO organisiert worden und stand unter dem Thema "Die historische Stellung der Gedanken des Konfuzius und der konfuzianischen Schule und ihr Einfluß auf die moderne Gesellschaft", ein Thema, dem die gegenwärtige politische und kulturelle Führung Chinas gerade in jüngster Zeit große Aufmerksamkeit schenkt. Das offizielle Interesse an Konfuzius wurde u.a. durch die Teilnahme mehrerer Honoratioren bekundet (z.B. Wu Xueqian, stellvertretender Staatsratvorsitzender, Hu Sheng, stellvertretender Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, und Gu Mu, ehemaliger Staatsrat und Ehrenpräsident der Konfuzius-Stiftung), vor allem aber dadurch, daß Generalsekretär Jiang Zemin Teilnehmer der Konferenz empfing. (RMRB, 8. u. 9.10.89; GMRB, 8., 9., 11.10.89; XNA, 8. u. 9.10.89)

Ein drittes, ebenfalls internationales Symposium zum Thema "Konfuzius, Konfuzianismus und die moderne Gesellschaft" wurde vom 13.-17. Oktober in Qufu von der Pädagogischen Hochschule Qufu und der Pädagogischen Gesellschaft für internationalen Austausch der Provinz Shandong veranstaltet. Ziel dieser Konferenz laut Kuang Yaming, Präsident der Konfuzius-Stiftung und Ehrenpräsident der Universität Nanjing, war es, Mittel und Wege zu finden, den Konfuzianismus für die Gegenwart relevant zu machen. (XNA, 15.10.89)

Man kann sagen, daß dieses Ziel den Diskussionshintergrund für alle drei Symposien bildete. Dabei mußte notwendigerweise das seit Jahren virulen-